

JAHRESBERICHT 2020



Public Health Schweiz ist die unabhängige, nationale Organisation, die die Anliegen der Public-Health-Fachleute vertritt, ein themen- und disziplinenübergreifendes gesamtschweizerisches Netzwerk in Public Health bietet, sich für optimale Rahmenbedingungen für die Gesundheit der Bevölkerung in der Schweiz engagiert und Entscheidungsträger/innen fachlich unterstützt.

Impressum

Herausgeberin

Public Health Schweiz, Bern

Erscheinungsdatum

Juni 2021

Verantwortlich

Corina Wirth, Geschäftsführerin



The Swiss Society for Public Health

Dufourstrasse 30, CH-3005 Bern

www.public-health.ch

Autorinnen und Autoren

Verena Biehl, Arnaud Chiolero, Daniel Frey, Verena Hoberg, Nicola Imseng, Vasileios Nittas, Sabine Rohrmann, Wim Nieuwenboom, Felix Wettstein, Corina Wirth, Kaspar Wyss, Stefanie Zehnder, Ursula Zybach

Layout

Evelyn Müller Grafikdesign, Mühlethal

VORWORT **4**

1 AKTIVITÄTEN

1.1	SWISS PUBLIC HEALTH CONFERENCE 2020	6
1.2	WEITERE VERANSTALTUNGEN	7
	Vortragsreihe «Gesundheit und Lebensqualität im Alter»	7
	Tagung der deutschsprachigen Public-Health-Gesellschaften «Gesundheitskommunikation im 21. Jahrhundert»	7
	Online-Anlass «Manifest Kinder- und Jugendgesundheit: Stand der Umsetzung	8
	Runder Tisch «Gesunde Kinder und Jugendliche»	8
	Arbeitstreffen mit Parlamentarierinnen und Parlamentariern zur Kinder- und Jugendgesundheit	8
	Forum zum «Aktionsplan Schweizer Ernährungsstrategie 2020»	8
	Swiss Hepatitis Symposium 2020: «10 years to go!»	9
	Symposium «Welche Anreize braucht es für ein funktionierendes EPD?»	9
1.3	POSITIONEN UND STELLUNGNAHMEN	11
	Stellungnahmen	11
	Pressemitteilungen	11
1.4	AKTIVITÄTEN DER FACHGRUPPEN	12
	Fachgruppe Ernährung	12
	Fachgruppe Gesundheitsförderung	12
	Fachgruppe Mental Health	12
	Fachgruppe Public Health Surveillance & Monitoring	12
	Fachgruppe Global Health	12
	Fachgruppe Kinder- und Jugendgesundheit	13
	Fachgruppe Technologies for Public Health	13
1.5	ALLIANZ ERNÄHRUNG UND GESUNDHEIT	14
1.6	ALLIANZ BEWEGUNG, SPORT UND GESUNDHEIT	15
1.7	PLATTFORM ZUR GRIPPEPRÄVENTION	15
1.8	PARLAMENTARISCHE GRUPPE UND POLITISCHE KOORDINATION NCD	16
1.9	ALLIANZ ‚GESUNDE SCHWEIZ‘	16
1.10	MITGLIEDSCHAFTEN UND ARBEITSGRUPPEN	17
	Arbeitsgemeinschaft Tabakprävention	17
	Bildungscoalition NGO	17

2 ÜBER PUBLIC HEALTH SCHWEIZ

2.1	VEREIN	18
2.2	MITGLIEDERVERSAMMLUNG	18
2.3	FACHRAT	18
2.4	VORSTAND	20
2.5	GESCHÄFTSSTELLE	20

3 FINANZEN

3.1	ERFOLGSRECHNUNG	21
3.2	BILANZ	22
3.3	REVISIONSBERICHT	23

VORWORT

Anfang 2020 stand das Leben plötzlich still – auch für Public Health Schweiz. Alle unsere Vorbereitungsarbeiten stürzten in sich zusammen: Schnell war klar, dass es keine Swiss Public Health Conference in Luzern geben würde, dass unsere Symposien und die erste nationale Demenzkonferenz verschoben werden mussten und wir unseren 100. Geburtstag nicht feiern konnten. Die Geschäftsstelle war gezwungen, Kurzarbeit zu beantragen, und es war höchst ungewiss, wie wir das Jahr finanziell überstehen würden. Während wir versuchten, vom Homeoffice aus Lösungen zu finden, mussten wir gleichzeitig unsere Kinder betreuen und beschulen und uns um unsere betagten Eltern kümmern.

Ende 2020 befinden wir uns noch immer in der zweiten Corona-Welle, aber Public Health Schweiz hat als Organisation die Pandemie gemeistert. Das Jahr hat gezeigt, dass wir fähig sind, auf unvorhergesehene Situationen zu reagieren und in wirtschaftlich schwierigen Zeiten als Verein zu bestehen. Die Geschäftsstelle hat innert kürzester Zeit alle geplanten Anlässe neu konzipiert und online angeboten. Die Teilnehmendenzahlen gaben uns recht: Die online durchgeführte Swiss Public Health Conference beispielsweise verzeichnete 350 Anmeldungen. Neue Veranstaltungsformen wie Online-Foren haben sich bereits fest etabliert und werden auch nach der Pandemie ein Teil unseres Angebots bleiben.

Die Pandemie hat die Wichtigkeit von Public Health ins öffentliche Bewusstsein gerückt. Dank unserem Vorstand, dem Fachrat und den Fachgruppen konnte Public Health Schweiz auch inhaltlich auf die Situation reagieren: Die Swiss Public Health Conference 2021 werden wir zum Thema Covid-19 organisieren, und viele Aktivitäten sind entstanden, welche die Zusammenhänge zwischen Lebensstil und schweren Covid-Erkrankungen aufzeigen oder auf die Folgen der Corona-Massnahmen hinweisen. Einiges davon ist auch in die Politik eingeflossen. Insgesamt zeigt sich: Die neue Struktur und die 2016 in Kraft getretenen Statuten haben sich bewährt.

Über die vielfältigen Aktivitäten der Fachgruppen und unsere Mitarbeit in Allianzen sowie über unsere Veranstaltungen berichten wir auf den folgenden Seiten. Ein wichtiger Teil unseres Erfolgs wird aber im Jahresbericht nicht ersichtlich: nämlich Gespräche mit Mitgliedern des Ständerats und des Nationalrats, Austausch mit Partnerorganisationen, Inputs von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern, Kontakte mit unseren Mitgliedern. Sie alle haben zum Gelingen unserer Aktivitäten beigetragen. Ein grosser Dank gebührt unseren Mitgliedern, Partnerinnen und Partnern, die uns auch in diesem schwierigen Vereinsjahr unterstützt haben!

*Ursula Zybach, Präsidentin
Corina Wirth, Geschäftsführerin*

**Ursula Zybach,
Präsidentin Public Health Schweiz**



1.1

SWISS PUBLIC HEALTH CONFERENCE 2020

Geplant war ein zweitägiger Anlass an der Universität Luzern zum Thema «From Evidence to Public Health Policy and Practice». Das Programm und grosse Teile der Konferenz waren gemeinsam mit der SSPH+ und der Universität Luzern und mit Unterstützung des wissenschaftlichen Komitees schon vorbereitet worden, als sich im Frühling abzeichnete, dass eine Durchführung Anfang September höchst ungewiss war – der Bundesrat wollte sich erst Ende August dazu äussern, ob und ab wann Grossveranstaltungen wieder erlaubt würden. Die drei Träger der Swiss Public Health Conference beschlossen daher kurzfristig, den Anlass online durchzuführen. Das Programm wurde gekürzt und in Windeseile eine attraktive Online-Konferenz organisiert. An den beiden Konferenztagen trafen sich schliesslich einige wenige Mitarbeitende der drei Träger an der Universität Luzern. Auf Networking und Dinner musste leider verzichtet werden, dafür konnten wir über 350 Anmeldungen verzeichnen, und das Konferenzthema war vor dem Hintergrund von Covid-19 sehr aktuell geworden.



Der erste Tag war der Frage gewidmet, wie wissenschaftliche Erkenntnisse in die Politik einfließen können. Analysen der Entwicklung von Gesundheitssystemen in verschiedenen Ländern zeigen, dass es diverse Arten von Entscheidungen und Entscheidungsfindungssystemen gibt. Forscherinnen aus Irland, Frankreich und der EU illustrierten dies mit Beispielen aus ihren Ländern und Organisationen. «Beweise» können zudem nachvollziehbar und umsetzbar sein – oder auch nicht.

Entscheidungsträgerinnen und -träger sind mit vielen konkurrierenden Anforderungen konfrontiert. Sie berücksichtigen Fakten eher, wenn diese besonders zeitnah, leicht zu interpretieren, kontextspezifisch und anwendbar sind. Hilfreich ist auch, wenn die Politikerinnen und Politiker bereits eine Beziehung zu den Forschenden pflegen, wenn sie der Quelle vertrauen, sich in der Lage fühlen, die Beweise zu beurteilen, und wenn die Fakten zu den Überzeugungen, Werten, Interessen und politischen Zielen, die sie vertreten, passen. Trotz aller Bemühungen sind dem Transfer von der Wissenschaft zur Politik Grenzen gesetzt: Evidenz ist nicht das Einzige, was politische

Entscheidungsträgerinnen und -träger in Betracht ziehen müssen. Es gibt verschiedene Interessengruppen, Agenden, Überzeugungen und politische Zwänge, und jede Entscheidung impliziert Abwägungen. Aufgabe der Forschenden ist nicht, politische Entscheidungen zu treffen, sondern sicherzustellen, dass die Entscheidungsträgerinnen und -träger so gut wie möglich informiert sind.

Aufgezeigt wurde des Weiteren, dass Fakten allein keine politischen Debatten gewinnen können. Die Untermauerung von Argumenten durch Beweise erhöht zwar ihre Vertrauenswürdigkeit, aber nicht ihre emotionale Anziehungskraft. Wenn sie von den Politikerinnen und Politikern gehört werden will, muss die Wissenschaft die Sprache der Politik sprechen.

Es wurde auch festgehalten, dass Politikerinnen und Politiker zwar wissenschaftliche Beweise einfordern, indem sie beispielsweise Berichte in Auftrag geben. In der Regel nutzen sie diese dann aber nicht. Am ehesten werden Forschungsergebnisse von der öffentlichen Verwaltung und von Regierungsstellen benutzt. Die politische und mediale Öffentlichkeit sucht hingegen kaum nach Beweisen und berücksichtigt sie auch nicht bei der Meinungsbildung.

Das Thema des ersten Konferenztages wurde von den Medien aufgenommen: So führte Radio SRF ein «Tagesgespräch» mit Ursula Zybach und Fritz Sager, Professor an der Universität Bern, über [«Die Politik, die Wissenschaft und die öffentliche Gesundheit»](#).

Der zweite Konferenztag war der Frage gewidmet, wie Forschungsergebnisse in die Praxis umgesetzt werden können. Aufgezeigt wurde dies am Beispiel der Rehabilitation, die sich mit dem koordinierten Einsatz medizinischer, sozialer, beruflicher, technischer und pädagogischer Massnahmen üblicherweise komplex gestaltet. Insbesondere die Unfallrehabilitation versucht, beeinträchtigte Funktions- und Partizipationsfähigkeiten so weit als möglich wiederherzustellen. Im Vergleich zu «allgemeiner» Rehabilitation sind bei Unfällen mehrheitlich jüngere Patientinnen und Patienten betroffen, der Fokus liegt daher auf Reintegration ins Berufsleben mit speziell ausgerichteten beruflichen Massnahmen sowie auf der psychologischen Betreuung. Orthopädie- und Schuhtechnik spielen eine entscheidende Rolle für eine erfolgreiche Rehabilitation, aber auch Taggelder oder Renten. Der Nachweis, dass Massnahmen die gewünschte Wirkung zeigen, ist zentral, um die Rehabilitation weiterzuentwickeln. Unfallrehabilitation nützt nur dann, wenn die Patientinnen und Patienten im Alltag eine Wirkung bemerken. Lücken in der Rehabilitation und fehlende Erfahrung führen zu nicht optimalen Behandlungsergebnissen.

1.2

WEITERE VERANSTALTUNGEN

Vortragsreihe «Gesundheit und Lebensqualität im Alter»

Zum ersten Mal bot Public Health Schweiz eine Vortragsreihe an. Public Health Schweiz verfolgt den Lebensphasenansatz und hat nun, nachdem in den Monaten zuvor Kinder und Jugendliche im Zentrum standen, auch das Thema Alter aufgenommen. Denn bald wird die Anzahl der über 60-Jährigen auf der Welt grösser sein als die der Kinder unter fünf Jahren. Mit dem demografischen Wandel und gesellschaftlichen Entwicklungen verändern sich auch die Anforderungen an die öffentliche Gesundheit. Das Ziel der Vortragsreihe war, verschiedene gesundheitliche Aspekte des Alters zu beleuchten, unter anderem Bedürfnisse bestimmter Bevölkerungsgruppen, wie Migrantinnen und Migranten, oder spezifische Erkrankungen wie beispielsweise Demenz.

16. Januar 2020, Bern: «Psychische Gesundheit in Alters- und Pflegeheimen»

Den Anfang machte das von der Fachgruppe Mental Health erstellte Positionspapier [«Psychische Gesundheit in Alters- und Pflegeheimen»](#). Es hält fest, dass die Zahl von Menschen mit psychischen Krankheiten in Alters- und Pflegeheimen zugenommen hat und die meisten Heime hierfür nicht ausreichend vorbereitet sind. Public Health Schweiz fordert ein starkes Engagement für die psychische Gesundheit in Alters- und Pflegeheimen. Am Abendanlass vom 16. Januar 2020 wurde das Positionspapier von den Autorinnen vorgestellt und mit dem Publikum diskutiert.

Die zwei weiteren Veranstaltungen zu den Themen Migration und Demenz mussten aufgrund von Covid-19 ins Internet verlegt werden.

3. November 2020, online: «Migration und gesundheitliche Herausforderungen im Alter»

Der Anteil der Personen, die ihren Gesundheitszustand als nicht gut einschätzen, ist unter den Migrantinnen und Migranten beträchtlich höher als bei der Bevölkerung ohne Migrationshintergrund. Speziell für im Alter Geflüchtete ist die Situation oft schwierig: Der Spracherwerb wird kaum mehr gefördert, und es existieren nur vereinzelt Projekte zur Unterstützung der sozialen Integration. Dazu kommen oft Traumata und eine prekäre finanzielle Lage. Ein unsicherer Aufenthaltsstatus, mangelnde Finanzen und eingeschränkte Mobilität sind Stressfaktoren, umgekehrt sind soziale Teilhabe, Beschäftigung, Mobilität, finanzielle Sicherheit und ein Beziehungsnetz zentral für das Wohlbefinden und die Gesundheit. Es bestehen bereits gute Angebote für ältere Personen in der Schweiz, sie sind aber noch gezielter für Migrantinnen und Migranten zu öffnen.

12. November 2020, online: «Demenz in der Schweiz – quo vadis?»

In der Schweiz leben 131'000 Menschen mit Demenz, bis zum Jahr 2040 werden es voraussichtlich 300'000 sein. Noch immer existieren keine Medikamente, die Demenz heilen oder verzögern, und psychosoziale und nichtmedizinische Forschung wird kaum betrieben. Zwar gibt es in der Schweiz eine nationale Demenzstrategie (2014–2019), aber nach wie vor keine Demenzpolitik.

Der Anlass machte auch deutlich, dass Angehörige einen Grossteil der Betreuung und Pflege von Demenzkranken übernehmen. Gefordert werden seit Langem mehr Entlastungsangebote für Angehörige: Die Betreuung sollte als krankheitsrelevante Leistung anerkannt und entsprechend vergütet werden.

Tagung der deutschsprachigen Public-Health-Gesellschaften «Gesundheitskommunikation im 21. Jahrhundert»

Die Tagung geht auf die Initiative von drei Gesellschaften aus drei Ländern zurück, nämlich den Swiss Public Health Doctors (SPHD), der Österreichischen Gesellschaft für Public Health und der Deutschen Gesellschaft für Sozialmedizin und Prävention. Diese waren bestrebt, zukünftig mit gemeinsamen Tagungen einen engeren Austausch zu pflegen, um Public Health grenzüberschreitend voranzubringen. Ein erstes Treffen hatte 2016 stattgefunden, und nach 2018 wurde am 17. und 18. Januar 2020 die zweite Tagung organisiert. Public Health Schweiz war zum ersten Mal als Co-Organisatorin dabei und trat zusammen mit den SPHD auch gleich als Gastgeberin in Steckborn am Bodensee auf. Der Anlass wird bewusst im kleinen Rahmen gehalten, um das vertiefte Gespräch und Kennenlernen über Fach- und Ländergrenzen hinweg zu fördern und grosse Public-Health-Veranstaltungen zu ergänzen.

Thematisch stand die Frage im Zentrum, inwiefern Gesundheitskommunikation im 21. Jahrhundert sich verändert hat und noch verändern wird. Der Fokus wurde auf Gesundheitskompetenz in Zeiten der digitalen Transformation von Gesellschaft und Gesundheitswesen gelegt. Wenngleich die Nutzung von digitalen Medien und Technologien beim grössten Teil der Bevölkerung Alltag ist, muss der Diversität im Umgang mit der digitalen Kompetenz Rechnung getragen werden. Unsere Gesellschaften sind heterogen und bedürfen angepasster Kommunikationsmittel und -botschaften. Erörtert wurde an der Tagung, wie sich Public-Health-Botschaften zielgerichteter übermitteln lassen und wie neue Kommunikationsmittel zu einer besseren Gesundheitskompetenz beitragen können. Auch wurde diskutiert, worüber Patientinnen und Patienten und andere Zielgruppen sich im Internet austauschen und welche Kommunikationsmittel sie bevorzugen.

Damit wurden Kernanliegen von Public Health Schweiz aufgenommen, nämlich die Erhöhung der Gesundheitskompetenz und die sinnvolle Nutzung neuer Technologien für eine bessere öffentliche Gesundheit.

Online-Anlass «Manifest Kinder- und Jugendgesundheit: Stand der Umsetzung»

An der Swiss Public Health Conference 2019 wurde das [Manifest zu Kinder- und Jugendgesundheit](#) verabschiedet. In der Folge griffen Politikerinnen und Politiker die Forderungen des Manifests auf und reichten mehrere parlamentarische Vorstösse auf nationaler Ebene ein. In seinen Antworten verwies der Bundesrat auf den ausstehenden Obsan-Bericht zur Kinder- und Jugendgesundheit: Erst nach dessen Vorliegen werde er über weitere Schritte entscheiden. Aufgrund von Covid-19 wurde die Publikation dieses Berichts vom Juni auf Ende August 2020 verschoben.

Um über den Stand der Umsetzung zu informieren, organisierte Public Health Schweiz am 23. Juni 2020 einen Online-Anlass, der sich an alle Akteure im Bereich Kinder- und Jugendgesundheit richtete. Nebst der Information zum aktuellen Stand sollten weitere Schritte besprochen werden, wie bestehende Lücken gefüllt werden können. Teil der Veranstaltung war eine Podiumsdiskussion, an der Expertinnen und Experten aus dem BAG und der Eidgenössischen Kommission für Kinder- und Jugendfragen (EKKJ) sowie die Nationalrätin Yvonne Feri teilnahmen.

In der Diskussion wurde festgehalten, dass das Manifest ein sehr wertvolles Dokument ist: Es nimmt viele Anliegen von Bundesämtern und der EKKJ auf. Für das BAG stellt das Manifest ein wichtiges Arbeitsinstrument und eine mögliche Leitlinie bei der Umsetzung der kinderbezogenen Ziele von «Gesundheit2030» dar. Tatsächlich nimmt Ziel 4 dieser bundesrätlichen Strategie viele Forderungen des Manifests fast wörtlich auf. Auch die im Zusammenhang mit dem Manifest eingereichten Vorstösse bilden eine gute Grundlage für eine Auslegeordnung im Bereich Kinder- und Jugendgesundheit.

Das Manifest fordert, wie bereits das 2013 verabschiedete [Datenmanifest](#), bessere Gesundheitsdaten. Von den Teilnehmenden wurde nochmals betont, dass die Datenlage vor allem im Vorschul- und frühen Schulalter dringend zu verbessern sei. Zwar sind verschiedene Daten vorhanden, deren Erhebung in den Kantonen erfolgt aber oft unterschiedlich und unkoordiniert. Das BAG ist sich der Problematik bewusst und sucht nach Lösungen.

Diskutiert wurde auch die Frage, ob es eine gemeinsame Strategie auf Bundesebene brauche, wie vom Manifest und in einer Motion

gefordert. Die Anwesenden waren sich einig, dass eine solche Strategie Kräfte bündeln könnte. Das BAG plant in den kommenden Monaten eine Auslegeordnung mit den zuständigen Akteuren, um gemeinsam den Handlungsbedarf festzustellen.

Runder Tisch «Gesunde Kinder und Jugendliche»

Am 15. September 2020 wurde online ein «runder Tisch» für alle Unterstützerinnen und Unterstützer des Manifests veranstaltet. Über 40 namhafte Organisationen hatten das Manifest unterzeichnet, und ein Jahr nach der Verabschiedung sollten sie über den Stand der Umsetzung informiert werden. Inzwischen war auch der Obsan-Bericht zur Kinder- und Jugendgesundheit erschienen. Er kam zum selben Schluss wie das Manifest: In der Schweiz mangelt es an Daten einerseits und an einer Strategie für Kinder- und Jugendgesundheit andererseits.

Es entwickelte sich eine Diskussion zu den vorhandenen Lücken und möglichen weiteren Schritten. Mit Spannung erwartet wird insbesondere die Planung des BAG und der Kantone, wie sie den fehlenden Daten und der Forderung nach einer Strategie für Kinder- und Jugendgesundheit begegnen werden.

Arbeitstreffen mit Parlamentarierinnen und Parlamentariern zur Kinder- und Jugendgesundheit

Die Politik hat die Forderungen des Manifests für Kinder- und Jugendgesundheit aufgegriffen: Zehn Vorstösse wurden in den Monaten nach der Veröffentlichung dazu eingereicht. Zentral waren insbesondere zwei Motionen, die eine nationale Strategie bzw. eine Kohortenstudie forderten. Sie wurden vom Bundesrat mit Verweis auf den damals noch ausstehenden Obsan-Bericht zur Ablehnung empfohlen. Nach dessen Erscheinen organisierte Public Health Schweiz am 2. Dezember 2020 ein Treffen im Bundeshaus mit den involvierten Politikerinnen und Politikern, um über den Bericht, die Ergebnisse aus den Online-Veranstaltungen mit den Unterstützerinnen, Unterstützern, Expertinnen und Experten (siehe oben) sowie die laufenden Entwicklungen zu informieren. Aufgrund von Covid-19 konnte das Treffen nur in sehr eingeschränktem Rahmen stattfinden. Die anwesenden Nationalrätinnen und Nationalräte bekräftigten nochmals die Wichtigkeit von Daten und einer Strategie im Bereich Kinder- und Jugendgesundheit. Sie möchten über die nächsten Schritte der Behörden informiert werden und sich weiterhin für die Anliegen des Manifests engagieren.

Forum zum «Aktionsplan Schweizer Ernährungsstrategie 2020»

Das Bundesamt für Veterinärwesen und Lebensmittelsicherheit (BLV) organisierte das jährlich stattfindende [«Forum zum Aktionsplan der Schweizer Ernährungsstrategie»](#) 2020 zusammen mit Public Health Schweiz; es wurde am 20. Oktober online durchgeführt.

Das Forum begann mit Informationen aus dem BLV und der Eidgenössischen Ernährungskommission (EEK). Im Zentrum stand jedoch eine Auswahl an anwendungsorientierten Ergebnissen des Nationalen Forschungsprogramms [«Gesunde Ernährung und nachhaltige Lebensmittelproduktion»](#) (NFP 69) und an Umsetzungsbeispielen.

Zu Beginn wurde in verschiedenen Szenarien aufgezeigt, dass eine gesunde Ernährung grundsätzlich mit einem kleineren ökologischen Fussabdruck einhergeht. Allerdings wurden auch Zielkonflikte sichtbar: Zwar ist Geflügel besser für die Gesundheit als beispielsweise Rindfleisch, hinterlässt aber grössere Umweltschäden. Am Beispiel Quinoa wurde anschliessend aufgezeigt, wie solche Zielkonflikte entstehen können und was für soziale und ökologische Folgen dies für bolivianische Bauern haben kann.

Dass nicht nur im Ausland Zielkonflikte entstehen, wurde anhand des Beispiels Kartoffel in der Schweiz erläutert. Thematisiert wurden insbesondere Nahrungsmittelverluste. Im Anschluss zeigten Jungunternehmer, wie Nahrungsmittelverluste mit innovativen Initiativen vermieden werden können. Das Publikum war sich am Schluss der Diskussionsrunde einig, dass das Thema Nahrungsmittelverluste systemisch angegangen werden muss – politisch wie auch gesellschaftlich.

Ursula Zybach
im Interview mit H+.

Swiss Hepatitis Symposium 2020: «10 years to go!»

Public Health Schweiz organisierte am 30. November 2020 bereits zum zweiten Mal gemeinsam mit Hepatitis Schweiz ein Symposium. Die Verleihung des Nobelpreises für Medizin im Oktober 2020 an die drei Entdecker des Hepatitis-C-Virus, Harvey J. Alter, Michael Houghton und Charles M. Rice, rückte die virale Hepatitis für einen Moment in den Fokus der breiten Öffentlichkeit und zeigte nochmals die Notwendigkeit von gezielten Bekämpfungsmassnahmen auf. Virale Hepatitis ist eine der Infektionskrankheiten, die weltweit am meisten Todesopfer fordern, aber es wird kaum darüber gesprochen. Auch in der Schweiz sterben jedes Jahr 200 Menschen an den Folgen einer Hepatitis-Infektion – fünf Mal mehr als an HIV. Und dies, obwohl es für Hepatitis B eine wirksame Impfung gibt und Hepatitis C heute heilbar ist.

Die Weltgesundheitsorganisation WHO will virale Hepatitis bis 2030 eliminieren. Auch die Schweiz sieht sich diesem Ziel verpflichtet. Am Symposium wurde diskutiert, wo hierzulande die grössten Lücken bestehen und wie man dem Ziel der Elimination näherkommen kann. Im Zentrum stand die Frage, wie sich die Datenlage in der Schweiz verbessern liesse. Damit wurden langjährige Anliegen von Public Health Schweiz aufgegriffen: Bereits 2013 hatte sie im [«Datenmanifest»](#) bessere Gesundheitsdaten gefordert. Covid-19 hat aufgezeigt, wie wichtig eine gute und stets aktuelle Überwachung der epidemiologischen Situation ist, und das gilt auch für Hepatitis B und C. Nach wie vor fehlen viele Daten, um Fortschritte im Kampf gegen diese Infektionskrankheiten messen zu können.

Schliesslich wurde auch der Frage nachgegangen, was die Politik braucht, um – gestützt auf diese Daten – im Sinne der öffentlichen Gesundheit die richtigen Entscheide zu fällen. Damit wurde an die Swiss Public Health Conference 2020 angeknüpft und nochmals erörtert, wie Politik, Expertinnen und Experten eine gemeinsame Sprache finden können, um Infektionskrankheiten wie Hepatitis erfolgreich anzugehen.



Symposium «Welche Anreize braucht es für ein funktionierendes EPD?»

Seit dem Frühling 2020 ist die Erstellung von elektronischen Patientendossiers (EPD) für die Spitäler in der Schweiz obligatorisch. Aufgrund von Covid-19 hat sich die Einführung allerdings verzögert, und das erste EPD wurde erst im Dezember 2020 eröffnet.

Der Start ist mit vielen Erwartungen verbunden: Das EPD soll zu effizienteren Behandlungen und einer besseren Gesundheitskompetenz der Bevölkerung führen. Gerade Covid-19 hat deutlich gemacht, welche wichtige Rolle das Dossier spielen könnte. Während viele überzeugt sind vom Erfolg des EPD und den Möglichkeiten, die es schafft, gibt es auch kritische Stimmen. Bezweifelt wird, ob das Instrument durch Gesundheitsfachpersonen und Patientinnen und Patienten umfassend genutzt werde. Als Gründe dafür werden unter anderem fehlende Anreize, mangelnde Weiterbildung zur Befähigung sowie eine ungenügende Finanzierung genannt.

Public Health Schweiz hat den Weg von den Patientinnen und Patienten über das Gesundheitspersonal und die Stammgemeinschaften bis zum Bund nachverfolgt und gefragt, welche Anreize auf welcher Stufe sinnvoll und realisierbar sind, um das EPD zum Erfolg zu führen. Damit wurde die Diskussion über das EPD auch 2020 weitergeführt, diesmal aufgrund von Covid-19 online.

Im ersten Teil des Symposiums wurde mit einem Blick über die Landesgrenzen die «elektronische Gesundheitsakte» (ELGA) aus Österreich vorgestellt, die schon vor längerer Zeit implementiert wurde. Für die technische und organisatorische Umsetzung wurde 2009 die ELGA GmbH gegründet, die von der öffentlichen Hand finanziert wird. Anders als in der Schweiz erhalten alle in Österreich registrierten Personen automatisch eine Gesundheitsakte mit der Möglichkeit, diese zu kündigen (Opt-out).

Es folgten zwei Diskussionsrunden zu zusätzlichen Massnahmen und deren Umsetzung, damit Bürgerinnen und Bürger sowie Leistungserbringer das EPD auch nutzen. Grundsätzlich zeigten sich alle Podiumsteilnehmenden an einem funktionierenden EPD interessiert. Auch die Versicherer stehen dem EPD im Prinzip wohlwollend gegenüber, obwohl sie teilweise eigene Systeme entwickelt haben. Sie erhoffen sich Kosteneinsparungen dank weniger Doppeluntersuchungen und einer besseren Medikation. Als zentrales Ziel wurde die Interprofessionalität genannt: Mittels EPD kann und soll diese gefördert und verbessert werden.

Alle waren sich einig, dass grundsätzlich die Stammgemeinschaften die Information der Bevölkerung übernehmen sollen.

Gefordert wurde ein stärkeres Engagement der Kantone, denn die Unterstützung der Stammgemeinschaften und die Kommunikation mit der Bevölkerung fallen in ihre Hoheit.

Aktuelle Befragungen zeigen, dass die Bürgerinnen und Bürger das EPD in erster Linie bei ihren Ärztinnen und Ärzten eröffnen möchten. Es bräuchte also eine grosse Informationskampagne, um sie davon zu überzeugen, dass beispielsweise die Apotheke oder die Post der richtige Ort dafür wären. Vorstellbar ist auch die Eröffnung des EPD verbunden mit dem Spitalaustritt.

Wer erklärt insbesondere den älteren und kranken Bürgerinnen und Bürgern das EPD und hilft ihnen bei dessen Verwaltung? Die Ärzteschaft sieht sich nicht in der Pflicht. Für sie darf das EPD keinen Mehraufwand generieren. Es folgte der Hinweis auf vulnerable Bevölkerungsgruppen, die erreicht werden sollen, zum Beispiel solche, die keiner Landessprache mächtig sind, mangelnde Lese-, Schreib- oder digitale Kompetenzen aufweisen. Andere Organisationen müssten diese Rolle übernehmen; genannt wurden Pro Senectute und das SRK. Kritisiert wurde, dass es noch immer kein «Patienteninformationsgesetz» gibt, obwohl ein solches vom Bundesrat in Aussicht gestellt worden ist.

Die Finanzierung kam mehrmals zur Sprache: Wie soll der mit dem EPD verbundene Aufwand finanziert werden, nachdem der Bundesrat eine Mengenausweitung möglichst vermeiden will und Kostendämpfungsmassnahmen eingeleitet hat? Grundsätzlich wurde gefordert, dass der Bund und die Kantone mehr Mittel zur Verfügung stellen. Erwähnt wurde der höhere Aufwand für Leistungserbringer und Gesundheitseinrichtungen. Spitäler und Kliniken sehen im EPD offenbar keinen Nutzen und möchten daher auch nicht für Zusatzkosten aufkommen. In diesem Zusammenhang wurde auch diskutiert eine Tarmed-Position für das EPD einzuführen und ein Budget für «Pionierarbeiten» vorzusehen.

Was die Technik betrifft, waren sich alle Podiumsteilnehmenden einig, dass das EPD in der ganzen Schweiz einheitlich gestaltet werden muss. Datensicherheit und eine gute Implementierung werden als zentral erachtet. Der «PDF-Friedhof» kam zur Sprache; gefordert wurde eine strukturierte Ablage, die technisch möglich sein sollte.

Ob und inwiefern das EPD-Gesetz angepasst werden muss, ist offen. Allenfalls wird eine Revision notwendig sein.

1.3

POSITIONEN UND STELLUNGNAHMEN

Stellungnahmen

Public Health Schweiz hat 2020 zu folgenden Themen Stellungnahmen eingereicht:

- Strategie des Tabakpräventionsfonds
- Veloweggesetz (Teilrevision des Strassenverkehrsrechts)
- Bundesgesetz zur Krankenversicherung (Massnahmen zur Kostendämpfung – Paket 2)

Alle Stellungnahmen sind auf der [Website von Public Health Schweiz](#) aufgeschaltet. An dieser Stelle sei allen Expertinnen und Experten sowie den Mitgliedern des Fachrats und der Fachgruppen, die die Stellungnahmen verfasst oder dazu beigetragen haben, herzlich gedankt!

Pressemitteilungen

Public Health Schweiz hat 2020 folgende [Pressemitteilungen](#) publiziert:

- Gründungsversammlung der Allianz Ernährung und Gesundheit
- 100 Jahre Public Health Schweiz
- Swiss Public Health Conference 2020: «From Evidence to Public Health Policy and Practice»
- Nobelpreis für die Entdeckung des Hepatitis-C-Virus (gemeinsam mit Hepatitis Schweiz)
- Online-Forum «Prävention und Umgang mit Grippe und Covid-19»

Die Pressemitteilungen wurden an die Medien verschickt und auf den Social-Media-Kanälen verbreitet. Sie sind auf der [Website von Public Health Schweiz](#) aufgeschaltet.

Gründung der Allianz
Bewegung Sport Gesundheit



1.4

AKTIVITÄTEN DER FACHGRUPPEN

Fachgruppe Ernährung

Die Fachgruppe Ernährung traf sich 2020 einmal in Bern und einmal via Zoom. Am Frühjahrestreffen wurden verschiedene Initiativen zum Thema nachhaltige Ernährung vorgestellt: [NFP 69](#), [SGE FOODprints](#) und Weiterentwicklung der Schweizer Ernährungsempfehlungen des [BLV](#).

Das Herbsttreffen thematisierte die Aktivitäten der neu gegründeten [Allianz Ernährung und Gesundheit](#), den Schwerpunkt Ernährung und Nachhaltigkeit in der Mehrjahresplanung von Public Health Schweiz und den Synthesebericht des NFP 69. Weiter wurde die Organisation eines Workshops an der [Swiss Public Health Conference 2021](#) angestossen. Zudem wurden Vorbereitungsarbeiten zum Workshop «Nachhaltige und ausgewogene Ernährung in der Zukunft: Wie können die wissenschaftlichen Empfehlungen umgesetzt werden?» geleistet, der für 2020 geplant war, aber aufgrund von Covid-19 auf den 12. Januar 2021 verschoben werden musste.

Mitglieder der Fachgruppe sind auch in anderen Gremien aktiv: Annette Matzke vertritt Public Health Schweiz in der Allianz Ernährung und Gesundheit (Arbeitsgruppen Zucker, Kindermarketing und Food Labelling), Marianne Honegger in der Arbeitsgruppe Zucker. Isabel Zihlmann ist Mitglied im Expertenausschuss Gesundheitsförderung der Deutsch-Französisch-Schweizerischen Oberrheinkonferenz.

Fachgruppe Gesundheitsförderung

Im März 2020 erfolgte ein Wechsel in der Fachgruppe Gesundheitsförderung: Verena Biehl und Birgit Keller übernahmen von Felix Wettstein gemeinsam die Leitung. Zusammen mit einem Ausschuss wurde die Neuausrichtung der Fachgruppe geplant. Im August hiess der Ausschuss ein von der Co-Leitung entworfenes Grobkonzept gut. Um die Qualität der Gesundheitsförderung langfristig zu stärken, will die Fachgruppe den Fokus auf die Professionalisierung der Gesundheitsförderung legen. Konkret setzt sie sich für ein gemeinsames Verständnis von Kompetenzen und Qualität im beruflichen Handeln, die Orientierung an ethischen Werten und eine transparente und qualitativ hochwertige Aus- und Weiterbildung in Gesundheitsförderung ein.

Bei einem Treffen im Oktober einigte sich der Ausschuss zunächst auf eine Online-Befragung unter den Mitgliedern der Fachgruppe, um deren Bedürfnisse abzuholen. Im Dezember wurden die Mitglieder per E-Mail über den Leitungswechsel und die geplante Neuausrichtung informiert. Zukünftige Aktivitäten richten sich nach den Ergebnissen der Online-Befragung Anfang 2021. Ein grosser Dank geht nochmals an Felix Wettstein, der die Fachgruppe während vielen Jahren geleitet hat.

Fachgruppe Mental Health

Im Oktober 2020 wurde Wim Nieuwenboom vom Vorstand einstimmig zum neuen Leiter der Fachgruppe gewählt. Den abtretenden Co-Leitenden Barbara Weil und Roger Staub sei an dieser Stelle nochmals herzlich für ihr Engagement gedankt.

Die Fachgruppe hat 2020 die Bearbeitung des Positionspapiers «Mental Health bei Kindern und Jugendlichen: Förderung, Prävention, Früherkennung und Behandlungsangebote» neu aufgelegt. Eine aktualisierte Version soll im Frühling 2021 publiziert werden.

Die Vernetzung mit anderen Akteuren wie SGGPSy, SAGES und Netzwerk Psychische Gesundheit wurde intensiviert. Auch wurde der Kontakt zu den anderen Fachgruppen von Public Health Schweiz gesucht und der Frage nachgegangen, wie Synergien genutzt werden können.

Fachgruppe Public Health Surveillance & Monitoring

Der Vorstand hat 2020 die neue Fachgruppe Public Health Surveillance & Monitoring gegründet. Der Bereich Überwachung und Monitoring der öffentlichen Gesundheit befindet sich an der Schnittstelle zwischen angewandter Public Health, Population Health Science und Epidemiologie, und das Ziel der Fachgruppe ist, ihn in der Schweiz sichtbar zu machen. Die Entwicklung der Datenwissenschaft und die zunehmenden Möglichkeiten, verschiedene Arten von Daten für die Überwachung und Kontrolle zu nutzen, liessen es als notwendig erscheinen, eine Gruppe zu gründen, die sich diesem Thema widmet.

Die Fachgruppe Public Health Surveillance & Monitoring soll die Forschung und Entwicklung in diesem Bereich mit der Überwachungspraxis und den Bedürfnissen auf kantonaler und nationaler Ebene verbinden. Die Covid-19-Pandemie hat die Notwendigkeit aufgezeigt, die Kultur der Gesundheitsüberwachung in der Schweiz zu stärken; zudem gilt es, Expertinnen und Experten aus den Bereichen Epidemiologie, Public-Health-Wissenschaft und Public-Health-Praxis zu vernetzen.

Fachgruppe Global Health

Die Hauptaktivität der Fachgruppe Global Health im Berichtsjahr bestand darin, den Workshop «Evidence use in health policymaking – learning from the global and local level?» für die Swiss Public Health Conference 2020 zu organisieren. Mehr als 40 Personen nahmen daran teil, und die Resultate wurden in einem Policy

Brief aufgenommen, das auf der [Website des Swiss Learning Health System](#) veröffentlicht wurde. Ziel des Workshops war es, zu illustrieren und zu diskutieren, wie die Verwendung von Evidenz in der schweizerischen und globalen Gesundheitspolitik gestärkt werden kann. In drei Referaten wurden Resultate zur Benützung von Evidenz bei politischen Entscheidungsprozessen und im praktischen Alltag vorgestellt.

An der virtuellen Jahresversammlung der Fachgruppe vom 17. November nahmen zehn Personen teil. Im Rahmen dieser Versammlung wurde unter anderem diskutiert, wie sich die Fachgruppe im kommenden Jahr regelmässiger treffen kann, welche Themenschwerpunkte gesetzt werden sollten und wie die aktive Mitgliedschaft der Fachgruppe ausgeweitet werden kann.

Ausserdem nahm die Fachgruppe an den diversen Sitzungen innerhalb von Public Health Schweiz und am Public-Health-Weltkongress teil.



Zoom-Sitzung Fachrat.

Fachgruppe Kinder- und Jugendgesundheit

Die Fachgruppe beschäftigte sich 2020 schwerpunktmässig mit dem Stand der Umsetzung des [Manifests zur Kinder- und Jugendgesundheit](#) und weiteren Schritten bei der Realisierung der politischen Forderungen.

Verschiedene Treffen mit wichtigen Akteuren wurden von der Fachgruppe gemeinsam mit der Geschäftsstelle organisiert. Sie dienten der Koordination und dem Informationsaustausch, um zentrale Forderungen des Manifests in Politik und Verwaltung weiterzubringen. Dazu trugen auch zwei sehr gut besuchte Online-Anlässe bei, der erste im Juni zum Stand der Umsetzung des Manifests und der zweite im September mit Unterstützerinnen und Unterstützern (siehe oben). Sehr erfreulich ist die Tatsache, dass wesentliche Forderungen des Manifests in die Strategie [Gesundheit2030](#) des Bundesrats aufgenommen wurden: Eine eigene strategische Stossrichtung (Punkt 4.2) gilt der Gesundheit von Kindern und Jugendlichen. Auch im [Nationalen Bericht 2020 zur Gesundheit von Kindern und Jugendlichen](#) finden sich wesentliche Schlussfolgerungen, die sich mit dem Manifest decken, beispielsweise zu Datenlücken bei Kindern. In Gesprächen mit wichtigen Akteuren im BAG und im Parlament wurde sichergestellt, dass Public Health Schweiz und die Fachgruppe in die Massnahmenplanung betreffend Kinder- und Jugendgesundheit und beim Thema Gesundheitsmonitoring miteinbezogen werden.

In organisatorischer Hinsicht hat die Fachgruppe einen Ausschuss gebildet, der mit der Leitung zusammen die Jahresplanung entwirft, Sitzungen und spezielle Anlässe vorbereitet und bei Bedarf die Leitung vertritt.

Fachgruppe Technologies for Public Health

Die Fachgruppe führte am 11. Juni 2020 ein Online-Webinar zum Thema «Digitale Gesundheit und Covid-19» durch. Drei spannende Projekte wurden vorgestellt und der Nutzen der Digitalisierung zur Bekämpfung der Pandemie wurde diskutiert. Das gut besuchte Fachgruppentreffen vom 3. September hatte zum Ziel, die Interessen und Wünsche der Mitglieder zu erfassen und die nächsten Schritte der Gruppe zu planen. Die Diskussionen zeigten, dass sich die Mitglieder einen stärkeren Fokus auf Zusammenarbeit und Unterstützung laufender Projekte wünschen und die Themen Open Data und Kommunikation bearbeiten möchten, beispielsweise wie man am besten die Vorteile (und Risiken) der Digitalisierung einem breiten Publikum vermitteln kann. Dazu sollen im Jahr 2021 neue Webinare und Workshops angeboten werden. Im Weiteren wurde das geplante Projekt «Digital Health Map» vorgestellt – alle interessierten Mitglieder wurden eingeladen, daran mitzuarbeiten.

Auch ein erstes Projekt wurde angegangen, «Digital Healthcare Research Map». Ziel ist die Entwicklung einer interaktiven Website mit einem Überblick über laufende Digital-Health-Forschungsprojekte in der Schweiz.

1.5

ALLIANZ ERNÄHRUNG UND GESUNDHEIT

Die Allianz Ernährung und Gesundheit wurde am 20. Januar 2020 offiziell als Verein gegründet. Sie führt die Arbeiten fort, die im Rahmen der ehemaligen NGO-Allianz EBK zum Thema Ernährung geleistet wurden, und bezweckt, partnerschaftlich und gemeinsam die Anliegen einer gesundheitsfördernden und nachhaltigen Ernährung evidenzbasiert auf politischer Ebene zu fördern und nach aussen zu vertreten. Die Co-Präsidentinnen Gabi Fontana und Dominique Rémy pflegen einen engen Austausch mit dem sehr engagierten Vorstand. Der Verein zählt 16 Einzel- und Kollektivmitglieder. Public Health Schweiz ist Gründungsmitglied und führt das Sekretariat. Der Verein hat ein sehr erfolgreiches und arbeitsintensives erstes Jahr hinter sich. Es wurden vier Arbeitsgruppen gebildet: Zucker, Kindermarketing, Food Labelling und Coronapandemie. Letztere hat ein Faktenblatt [«Die Bedeutung von Ernährung, Adipositas und Prävention ernährungsabhängiger Erkrankungen im Hinblick auf Covid-19»](#) erstellt.

Auf Basis dieses Dokuments leistete die Allianz Ernährung und Gesundheit Unterstützungsarbeiten zu zwei Interpellationen: [«Situation nach Covid-19 und gesunde Ernährung»](#) und [«Zusammenhang zwischen Ernährung und Pandemie. Welche Ernährung?»](#). Die Allianz hat sich auch ganz gezielt im Parlament in die politische Diskussion um die Postulate «Werbung und Adipositas. Wie effizient sind die Selbstregulierungsmassnahmen?» und «Verbesserung der Wirksamkeit des Nutri-Score» eingebracht und tatkräftig mitgeholfen, dass Letzteres vom Nationalrat angenommen wurde. Zudem traf sich die Allianz Ernährung und Gesundheit mit Parlamentarierinnen und Parlamentariern von links bis rechts, wurde zu einer Kommissionsanhörung eingeladen, bezog [Stellung zum Kostendämpfungspaket 2](#) und steht in engem Kontakt mit Bundesämtern und weiteren Akteuren.

Gründung Allianz
Ernährung und Gesundheit.



1.6

ALLIANZ BEWEGUNG, SPORT UND GESUNDHEIT

Am 7. September 2020 wurde der Verein [Allianz Bewegung, Sport und Gesundheit](#) im Bundeshaus von verschiedenen Bewegungs-, Sport- und Gesundheitsorganisationen gegründet. Er ist aus der ehemaligen NGO-Allianz EBK hervorgegangen, die Ende 2019 aufgelöst wurde.

Ziel des Vereins ist, die gesundheitsförderliche Bewegung nachhaltig in der Schweizer Politik zu verankern. Präsiert wird er von Nationalrat Christian Lohr. Public Health Schweiz ist Gründungsmitglied und führt das Sekretariat. Sonja Kahlmeier, Vorstandsmitglied von Public Health Schweiz, bereichert die Allianz durch den Einsatz im Vorstand mit ihrem grossen Fachwissen und Engagement. Der Verein verzeichnete per Ende des Berichtsjahres bereits 19 Einzel- und Kollektivmitglieder.

Im Zentrum der Vereinsarbeiten standen 2020 die Konstituierung des Vorstands und das Planen der weiteren Tätigkeit. Es wurde jedoch nicht nur auf organisatorischer Ebene viel geleistet. So bezog die Allianz Stellung zum [Veloweggesetz](#) und zum [Paket 2 der Massnahmen zur Kostendämpfung](#) und tauschte sich mit dem BASPO und mit hepa.ch aus. Und schliesslich beschäftigte auch Covid-19 die Allianz: Sie leistete Unterstützungsarbeiten im Rahmen der Interpellation [«Bewegungsförderung, um schweren Covid-19-Verläufen vorzubeugen»](#). Die Allianz wird auch im Jahr 2021 das Thema Covid-19 und Bewegung eng verfolgen und sich auf höchster politischer Ebene für mehr Bewegung und Sport starkmachen.

1.7

PLATTFORM ZUR GRIPPEPRÄVENTION

Public Health Schweiz hat 2017 eine Plattform zur Grippeprävention lanciert, um das Engagement von Institutionen und Organisationen bei ihren Aktivitäten zur Prävention der saisonalen Grippe gemäss der Strategie GRIPS zu unterstützen und die Akteure untereinander zu vernetzen. Dank der Plattform konnten viele Fachpersonen im Spitalbereich, sowohl aus der Ärzteschaft als auch aus der Pflege, involviert werden.

Mit Beginn der Covid-Pandemie wurden die Aktivitäten der Plattform auf den Kopf gestellt. Die Grippeprävention konnte nicht unabhängig von der Prävention und der Versorgung von Covid-Infektionen betrachtet werden, und die im Jahr zuvor etablierten Arbeitsgruppen mussten ihre Aktivitäten den neuen Gegebenheiten anpassen. So wurde mit Swisnoso und den Expertinnen und Experten der Spitalhygiene aus den Spitälern diskutiert, wie die von der Plattform erarbeiteten «Empfehlungen für die Prävention und die Versorgung der Infektionen durch das Grippevirus im stationären Bereich» auf die aktuelle Situation angepasst und mit den Empfehlungen zu Covid-19 zusammengebracht werden können. Das von der Arbeitsgruppe Datenerhebung erstellte Musterraster zur einheitlichen Erhebung der Durchimpfung des Personals an Spitälern lässt sich nun auch für die Erhebung der Covid-Impfungen beim Spitalpersonal verwenden. So können vergleichbare Daten aus den Institutionen gesammelt werden.

Neben der Förderung des Austauschs unter den Mitgliedern ist es Ziel der Plattform, Forschung und Projekte zur Grippeprävention in der Schweiz über die Plattform hinaus der Öffentlichkeit vorzustel-

len und einen breiten Austausch über Erfahrungen und gute Beispiele unter den Gesundheitsfachpersonen zu ermöglichen. Nach zwei Symposien und einem Best-Practice-Forum in den vergangenen zwei Jahren wurde das diesjährige Forum im Oktober der aktuellen Situation angepasst: Es wurden Informationen vermittelt und Erfahrungen ausgetauscht zur besonderen Situation in der Grippezeit 2020/2021, die durch eine zweite Covid-Welle geprägt war. Das im Rahmen des Forums von Alters- und Pflegeheimen geäusserte Anliegen eines regelmässigen Austauschs wurde aufgenommen: Public Health Schweiz veranstaltet seit Dezember 2020 ein monatliches Online-Austauschforum für Mitarbeitende aus Alters- und Pflegeheimen zu Prävention und Umgang mit Grippe und Covid-19, das rege genutzt wird. Im Zusammenhang mit den Foren generierte Materialien werden einer breiteren Öffentlichkeit zur Verfügung gestellt, so auch ein kurzer Film, in dem der Epidemiologe Marcel Tanner anschaulich die Wirkungsweise der in der Schweiz zugelassenen Covid-Impfstoffe erklärt. Zudem wurde eine Arbeitsgruppe gegründet, die die spezifischen Fragen der Heime zur Grippeprävention und -versorgung bearbeitet. So konnten in diesem Jahr auch die Heime in die Aktivitäten der Plattform eingebunden werden.

Sowohl Public Health Schweiz als auch die Akteure der Plattform wünschten sich Kontinuität, auch um das aufgebaute Netzwerk nun für Massnahmen zur Bewältigung der Covid-19-Pandemie nutzen zu können. So wurden Informationsveranstaltungen vorbereitet, die im Jahr 2021 die Covid-Impfungen in den verschiedenen Bevölkerungsgruppen begleiten sollen.

1.8

PARLAMENTARISCHE GRUPPE UND POLITISCHE KOORDINATION NCD

Ein Schwerpunkt der Allianz ‚Gesunde Schweiz‘ bleibt die parlamentarische Gruppe «Nichtübertragbare Krankheiten NCD». Sie hat das Ziel, das Thema NCD und die damit verbundene Gesundheitsförderung und Prävention nachhaltig in der Schweizer Politik zu verankern. Gemeinsam mit anderen im Bereich Gesundheit aktiven Gruppen hat die parlamentarische Gruppe NCD den «Gesundheitsmittwoch» ins Leben gerufen: Jeweils am letzten Mittwoch jeder Session wird mit einem Anlass für ein aktuelles gesundheitspolitisches Thema sensibilisiert. In der Wintersession 2020 organisierte die parlamentarische Gruppe NCD einen Gesundheitsmittwoch, an dem den Politikerinnen und Politikern die Zusammenhänge zwischen NCD- und Covid-19-Prävention aufgezeigt wurden. Die Referate von Roy Salveter, Leiter der Abteilung Prävention nichtübertragbarer Krankheiten beim BAG, und Jacques Cornuz, Professor an der Universität Lausanne und am CHUV, machten anschaulich, wie Faktoren, die das Risiko erhöhen, an einer nichtübertragbaren Krankheit zu erkranken, auch einen schweren Verlauf von Covid-19 begünstigen.

In der politischen Koordination NCD werden die politischen Hintergrundarbeiten der beiden Trägerinnen der parlamentarischen Gruppe NCD, Allianz ‚Gesunde Schweiz‘ und Gesundheitsförderung Schweiz, von Public Health Schweiz koordiniert. In diesem Rahmen wurde eine [Musterstellungnahme](#) zur «Vernehmlassung der KVG-Änderung: Massnahmen zur Kostendämpfung – Paket 2» erarbeitet. In den vom Bundesrat vorgeschlagenen Massnahmen kommt die Prävention nicht vor; Ziel der Stellungnahme war es, Prävention als kostendämpfende Massnahme zu begründen. Public Health Schweiz hat mit anderen Mitgliedern der Allianz Argumente und gute Beispiele für die kostendämpfende Wirkung von Prävention zusammengestellt. Public Health Schweiz hat die Stellungnahme der Allianz übernommen und ihren Mitgliedern zur eigenen Verwendung zur Verfügung gestellt. Im Rahmen der politischen Koordination NCD wurden 2020 auch die Möglichkeiten einer Grundlage für die Finanzierung von Patient*inneninformation und -beratung diskutiert. Diese Bestrebungen sollen im kommenden Jahr weitergeführt werden.

1.9

ALLIANZ ‚GESUNDE SCHWEIZ‘

Public Health Schweiz ist Gründungsmitglied der Allianz ‚Gesunde Schweiz‘, führt deren Sekretariat und ist mit Ursula Zybach als Vizepräsidentin im Vorstand vertreten. Mit diesem Engagement kann Public Health Schweiz die Anliegen ihrer Mitglieder in die Politik tragen. Gemeinsame Ziele der Mitgliedsorganisationen der Allianz ‚Gesunde Schweiz‘ bleiben weiter, das Thema Prävention positiver zu besetzen und Gesundheitsförderung und Prävention in der Schweizer Politik ein stärkeres Gewicht zu geben. Im Berichtsjahr hat sich die Allianz an die Umsetzung der in den vergangenen Jahren erarbeiteten Positionspapiere gemacht.

Auf der Grundlage ihres Positionspapiers zu [Tabak und E-Zigaretten](#) begleitet die Allianz ‚Gesunde Schweiz‘ die Beratungen zum Tabakproduktegesetz und die Planung weiterer Aktivitäten. Sie ist zudem Mitglied des Trägervereins «Kinder ohne Tabak».

Ausgehend von den Forderungen des Positionspapiers [Zucker](#), wurden politische Aktivitäten geplant. Entsprechende Arbeiten werden nun in einer Arbeitsgruppe der neu gegründeten Allianz Ernährung und Gesundheit organisiert. Die Zusammenarbeit der beiden Allianzen, für die Public Health Schweiz das Sekretariat führt, ist sehr fruchtbar und die Allianz ‚Gesunde Schweiz‘ wird die Aktivitäten der Allianz Ernährung und Gesundheit unterstützen.

Ihre Positionen zum [Alkohol](#) bringt die Allianz ‚Gesunde Schweiz‘ in die «Koalition für eine verantwortungsvolle Alkoholpolitik» ein, in der sich Suchtverbände zusammengeschlossen haben. Die Gruppe konzentriert sich zurzeit darauf, gemeinsame Kernforderungen für eine koordinierte Kommunikation zu formulieren und zu verbreiten. So soll der Boden für zukünftige politische Aktivitäten bereitet werden.

Im Jahr 2021 werden die interessierten Mitglieder entscheiden, welche Forderungen aus dem Positionspapier [Psychische Gesundheit](#) in der Allianz prioritär verfolgt werden sollen. Zudem hat die Allianz unter Mitarbeit von Expertinnen und Experten von Public Health Schweiz im Berichtsjahr ein Positionspapier zur [Bewegung](#) erarbeitet. Die Aktivitäten zur Bewegungsförderung werden eng mit der neu gegründeten Allianz Bewegung, Sport und Gesundheit abgesprochen.

Mit engagierter Beteiligung der Fachgruppe Technologies for Public Health hat die Allianz die Arbeiten an einem Positionspapier zur «digitalen Gesundheit» begonnen, um zu klären, welche Aspekte des Themas aus Sicht der Prävention und der Versorgung von NCD wichtig sind und was es braucht, damit digitale Technologien zur Förderung der Gesundheit genutzt werden können.

1.10

MITGLIEDSCHAFTEN UND ARBEITSGRUPPEN

Arbeitsgemeinschaft Tabakprävention

Public Health Schweiz ist durch Ursula Zybach im Vorstand der Arbeitsgemeinschaft Tabakprävention (AT) vertreten.

Mit der Erarbeitung einer «Strategie 2030» hat sich die AT im Jahr 2020 eine klare Vision gesetzt: Sie will die vielschichtigen Herausforderungen in der Tabakkontrolle meistern und eine klarere Richtung einschlagen, um die Schweiz in eine tabak- und nikotinfreie Zukunft zu führen.

Unter Leitung der AT gelang es, die Gesundheitskommissionen von National- und Ständerat zu überzeugen, dass E-Zigaretten inskünftig wieder der Tabaksteuer unterstellt werden sollten. Ebenso konnte ein Verbot von suchtvorstärkenden Stoffen bzw. Aromen in Tabak- und Nikotinprodukten in den Entwurf zum Tabakproduktegesetz integriert werden. Allerdings hat der Nationalrat gleichzeitig den Gesetzesentwurf abgeschwächt, so bei der Tabakwerbung im Internet, den Printmedien und beim Schutz vor Passivrauch. Die AT setzt sich dafür ein, dass der Ständerat dies wieder korrigiert.

Der Covid-19-Krise begegnete die AT mit einer Kampagne «Covid-19 und Rauchen» auf stopsmoking.ch, der nationalen Plattform für den Rauchstopp. Für das Präventionsprojekt «Experiment Nichtraucher» 2020/2021 haben sich 1880 Schulklassen angemeldet. Im Vergleich zu den Vorjahren bedeutet das einen Rückgang um 15 Prozent, der sich mit der Covid-19-Pandemie erklären lässt.

Bildungscoalition NGO

Daniel Frey, Vorstandsmitglied und Leiter der Fachgruppe Kinder- und Jugend-Gesundheit, vertritt Public Health Schweiz im Vorstand der Bildungscoalition NGO. Der Verein, ein Zusammenschluss von rund 30 Organisationen aus den Bereichen Jugend, Umwelt, Bildung, Entwicklung und Menschenrechte, stärkt die gemeinsamen Anliegen seiner Mitglieder, namentlich durch politische Arbeit für eine verstärkte Umweltbildung. Im Berichtsjahr engagierte sich die Bildungscoalition stark für eine bessere Berücksichtigung der Umweltbildung in der neuen Botschaft des Bundesrats für Bildung, Forschung und Innovation (BFI 2021–2024). Das [Positionspapier «Bildung als Schlüssel zur nachhaltigen Entwicklung»](#) hält fest, dass Bildung für nachhaltige Entwicklung eine Voraussetzung für nachhaltige Entwicklung ist. Die gesetzlichen Grundlagen dazu sind weitgehend gegeben, es fehlt aber noch an der stetigen Umsetzung. Das Positionspapier formuliert Empfehlungen, die zur Verankerung, Umsetzung und Verstärkung der Bildung für nachhaltige Entwicklung im Schweizer Bildungssystem beitragen. Es wurde bei verschiedenen Stakeholdern der Bildungspolitik vorgestellt.



Ursula Zybach

2.1

VEREIN

Public Health Schweiz ist die unabhängige nationale Organisation, welche die Anliegen der öffentlichen Gesundheit vertritt.

Der Verein bildet ein themen- und disziplinenübergreifendes gesamtschweizerisches Netzwerk an Public-Health-Fachleuten und engagiert sich für optimale Rahmenbedingungen für die Gesundheit der Bevölkerung in der Schweiz. Er unterstützt die Entscheidungsträgerinnen und Entscheidungsträger fachlich.

Public Health Schweiz verfügt über sieben thematische Fachgruppen und veranstaltet jährlich eine Fachkonferenz sowie mehrere halbtägige Symposien zu aktuellen gesundheitspolitischen Themen. Ende 2020 zählte der Verein 621 Einzelmitglieder, 97 Kollektivmitglieder und 20 Gönnermitglieder.

2.2

MITGLIEDERVERSAMMLUNG

Die Mitgliederversammlung ist das oberste Organ von Public Health Schweiz. An der ordentlichen Mitgliederversammlung vom 4. November 2020 in Bern wurden alle Vereinsgeschäfte genehmigt. Eröffnet wurde der Anlass mit einem Fachinput: Claudio Peter vom Schweizerischen Gesundheitsobservatorium (Obsan) stellte den im August 2020 erschienenen Gesundheitsbericht Kinder und Jugendliche vor.

2.3

FACHRAT

Der Fachrat ist ein legislatives Organ von Public Health Schweiz und verantwortlich für die langfristige inhaltliche Ausrichtung des Vereins. Das Gremium traf sich im Jahr 2020 zu zwei Online-Sitzungen. Inhaltlich befasste sich der Fachrat hauptsächlich mit der Mehrjahresplanung 2021–2024 und legte die Themenschwerpunkte der kommenden vier Jahre fest. Zudem wurde der Stand der drei Manifeste zur psychischen Gesundheit, zu Daten und zur Kinder- und Jugendgesundheit diskutiert. Der Fachrat möchte weiterhin zur Umsetzung aller drei Manifeste beitragen. Die November-Sitzung wurde von einem thematischen Fachinput begleitet: Arnaud Chiolerio und Luc Fornerod stellten die vielseitigen Arbeiten des [Walliser Gesundheits-Observatoriums](#) vor.

Andy Biedermann, Andrea Brügger, Claudia Burkhard, Ralph Fingerhut, Philippe Lehmann, Robert Sempach und Barbara Weil sind 2020 aus dem Fachrat zurückgetreten. Für das langjährige und wertvolle Engagement sei an dieser Stelle herzlich gedankt!

Yves Aeschbacher, Verena Biehl, Simona Berardi Vilei, Wim Nieuwenboom und Ralph Wettach wurden an der Mitgliederversammlung vom 4. November 2020 neu in den Fachrat gewählt. Wir freuen uns sehr auf die Zusammenarbeit.

Name	Organisation/Institution
Ursula Zybach	Präsidentin Public Health Schweiz
Yves O. Aeschbacher	Dipl. Pflegefachmann HF, Medical Informatics Manager, Geschäftsführer healthy+ AG
Ursina Baumgartner	Rektorin Kalaidos FH
Simona Berardi Vilei	Verantwortliche Public Health, Schweizerischer Apothekerverband pharmaSuisse
Andy Biedermann	(Rücktritt Ende 2020) Co-Inhaber Public Health Services GmbH
Verena Biehl	Co-Leiterin Fachgruppe Gesundheitsförderung, Dozentin BSc Gesundheitsförderung und Prä-vention, ZHAW Zürcher Hochschule Departement Gesundheit
Bettina Borisch	Direktorin World Federation of Public Health Associations (WPHFA), Professorin Universität Genf
Andrea Brügger	(Rücktritt Ende 2020) Verantwortliche Public Health, Schweizerischer Apothekerverband phar-maSuisse
Claudia Burkard Weber	(Rücktritt Ende 2020) Leiterin Fachstelle Gesundheitsförderung, Gesundheitsdepartement des Kantons Luzern
Arnaud Chiolero	Chefarzt Walliser Gesundheitsobservatorium, Stv. Direktor Berner Institut für Hausarztmedizin
Julia Dratva	Abteilungsleiterin Forschungsstelle Gesundheitswissenschaften, ZHAW Winterthur
Ralph Fingerhut	(Rücktritt Ende 2020) Laborleiter Schweizer Neugeborenen-Screening, Uniklinik Zürich
Daniel Frey	Unabhängiger Experte, Pädiater
Semira Maya Gonseth-Nusslé	Stellvertretende Chefärztin, Abteilung Chronische Krankheiten, Unisanté, Lausanne
Martin Hafen	Dozent Hochschule Luzern – Soziale Arbeit
Sonja Kahlmeier	Leiterin Departement Gesundheit, Fernfachhochschule Schweiz (FFHS)
Roswitha Koch	Leiterin Bereich Pflegeentwicklung und Internationales, Schweizer Berufsverband der Pflege-fachfrauen und Pflegefachmän-ner SBK
Alfred Künzler	Leiter Koordinationsstelle Netzwerk Psychische Gesundheit Schweiz
Nino Künzli	Abteilungsleiter Bachelor-Master-Doctorate Swiss TPH und Direktor Swiss School of Public Health (SSPH+)
Philippe Lehmann	(Rücktritt Ende 2020) Unabhängiger Experte, Politologe
Wim Nieuwenboom	Leiter Fachgruppe Mental Health, Dr. phil., Fachpsychologe für Gesundheitspsychologie FSP, Dozent FH Nordwest-schweiz, Hochschule für Soziale Arbeit
Vasileios Nittas	Wissenschaftlicher Mitarbeiter, Institut für Epidemiologie, Biostatistik und Prävention, Universi-tät Zürich
Julie Page	Abteilungsleiterin Gesundheit, Schweizerisches Rotes Kreuz
Carlos Quinto	Facharzt, Mitglied Zentralvorstand FMH
Miriam Rodella Sapia	Ärztin für allgemeine innere Medizin in eigener Praxis
Sabine Rohrmann	Professorin, Institut für Epidemiologie, Biostatistik und Prävention, Universität Zürich
Sabine Schläppi	Geschäftsführerin ChiroSuisse
Thomas Schmidlin	CFO, Zibatra Beteiligungen AG
Robert Sempach	(Rücktritt Ende 2020) Projektleiter Gesundheit, Direktion Kultur und Soziales, Migros-Genossenschafts-Bund
Susanne Stronski	Co-Leiterin des Gesundheitsdienstes der Stadt Bern
Thomas Vogel	Gesundheitsökonom, Hôpitaux Universitaires de Genève (HUG)
Barbara Weil	(Rücktritt Ende 2020) Abteilungsleiterin Public Health, Verbindung der Schweizer Ärztinnen und Ärzte FMH
Ralph Wettach	Dr. phil., Fachpsychologe für Psychotherapie FSP sowie Kinder und Jugendpsychologie FSP, Präsident Schulpsycholo-gie Schweiz, Direktor Schulpsychologischer Dienst Kt. St. Gallen
Felix Wettstein	Professor, Hochschule für Soziale Arbeit, Fachhochschule Nordwestschweiz (FHNW)
Kaspar Wyss	Professor und Direktor des Swiss Centre for International Health, Schweizerisches Tropen- und Public Health Institut (Swiss TPH)
Isabel Zihlmann	Dozentin Fernfachhochschule Schweiz, freiberufliche Ernährungswissenschaftlerin

2.4

VORSTAND

Der Vorstand ist das leitende Organ von Public Health Schweiz. Der Vorstand traf sich 2020 zu drei Sitzungen. Traktanden waren die laufenden Geschäfte sowie Jahresplanung, Finanzen und Veranstaltungen.

Name	Funktion	Organisation / Institution
Ursula Zybach	Präsidentin	Dipl. Lebensmittelingenieurin ETH, Grossrätin, Vizepräsidentin SP Kanton Bern
Daniel Frey		Dr. med. FMH Kinder- und Jugendmedizin, diverse Mandate
Sonja Kahlmeier		PhD, MSc ETH, Leiterin Departement Gesundheit, Fernfachhochschule Schweiz (FFHS)
Nino Künzli	Ressort Wissen-schaft	Prof. MD PhD, Abteilungsleiter Bachelor-Master-Doctorate Swiss TPH und Direktor Swiss School of Public Health (SSPH+)
Thomas Schmidlin	Ressort Finanzen	Eidg. dipl. Experte für Rechnungslegung & Controlling, CFO, Zibatra Beteiligungen AG
Isabel Zihlmann	Ressort Fachgruppen	Dipl. œc. troph., MPH, Dozentin Fernfachhochschule Schweiz, freiberufliche Mandate

2.5

GESCHÄFTSSTELLE

Die operative Tätigkeit von Public Health Schweiz obliegt der Geschäftsstelle in Bern. Sie wird von Corina Wirth geleitet und beschäftigte per Ende 2020 sechs Mitarbeitende (3,7 Vollzeitstellen).



The Swiss Society for Public Health



Corina Wirth

3.1

ERFOLGSRECHNUNG

Jahresrechnung 2020 Public Health Schweiz

Einnahmen	2020 (CHF)	2019 (CHF)
Mitgliederbeiträge	176'876	182'125
Teilnahmegebühren	16'845	105'280
Beiträge Dritter und Spenden	348'889	415'046
Übrige Erträge und Erlösminderungen	-4'214	-1'280
Total	538'396	701'171
Ausgaben	2020 (CHF)	2019 (CHF)
Veranstaltungsaufwand	32'950	137'796
Personal- und Dienstleistungsaufwand	379'909	411'309
Raumaufwand	27'135	27'592
Sachversicherungen	771	694
Verwaltungsaufwand	95'730	98'964
Total	536'495	676'355
	2020 (CHF)	2019 (CHF)
Betriebsergebnis vor Steuern	1'900	24'817
Steuern	0	12'000
Betriebsergebnis	1'900	12'817

3.2

BILANZ

Aktiven	31.12.2020 (CHF)	31.12.2019 (CHF)
Flüssige Mittel	156'437	265'120
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	110'435	15'870
Übrige kurzfristige Forderungen	27'024	3'918
Aktive Rechnungsabgrenzung	10'385	932
Total	304'280	285'841
Passiven	31.12.2020 (CHF)	31.12.2019 (CHF)
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	11'894	22'077
Verbindlichkeiten gegenüber Sozialversicherungen	0	696
Sonstige kurzfristige Verbindlichkeiten	34'595	34'595
Passive Rechnungsabgrenzung	63'987	56'570
Weiterentwicklung Public Health Schweiz	87'167	67'167
Fremdkapital	197'643	181'104
Eigenkapital per 1.1.	104'737	91'920
Jahresergebnis	1'900	12'817
Eigenkapital 31.12.	106'637	104'737
Total	304'280	285'841

3.3

REVISIONSBERICHT

Perrine Divino
Hohlestrasse 32
3123 Belp
perrine.divino@gmx.ch
079 / 772 64 66

Public Health Schweiz
Dufourstrasse 30
3005 Bern

Belp, 6. Mai 2021

Bericht des Rechnungsrevisors über die Vereinsrechnung an die ordentliche Mitgliederversammlung des Vereins Public Health Schweiz

Als Rechnungsrevisor habe ich die Buchführung und die Vereinsrechnung, bestehend aus Bilanz und Erfolgsrechnung des Vereins Public Health Schweiz, für das am 31. Dezember 2020 abgeschlossene Vereinsjahr geprüft.

Für die Vereinsrechnung ist der Vorstand verantwortlich, während meine Aufgabe darin besteht, diese zu prüfen und zu beurteilen.

Aufgrund meiner stichprobeweisen vorgenommenen Prüfungen bestätige ich, dass

- Die Bestandessaldi der Bilanz nachgewiesen sind,
- Die Belege mit der Buchhaltung übereinstimmen,
- Die Buchhaltung ordnungsgemäss und sauber geführt ist.

Gemäss meiner Beurteilung entsprechen die Buchführung und die Vereinsrechnung dem schweizerischen Gesetz und den Statuten.

Ich empfehle, die vorliegende Vereinsrechnung mit einem Gewinn von CHF 1'900 und einer Bilanzsumme von CHF 304'280 zu genehmigen.

Der Rechnungsrevisor



Perrine Divino

Public Health Schweiz

Dufourstrasse 30

CH-3005 Bern

Tel. +41 31 350 16 00

info@public-health.ch

www.public-health.ch